

Wahlen für den Bundestag im Widerspruch zu diesem Übereinkommen der Außenministerkonferenz in Paris stehen.

Wenn die Westmächte nicht ihrem Übereinkommen zuwiderhandeln wollen, müssen sie alle Maßnahmen zur Bildung des westdeutschen Staates sofort aufheben, denn die Entscheidung über Deutschland liegt nach dem Potsdamer Abkommen nicht in den Händen der drei westlichen Alliierten, sondern beim Rat der Außenminister. Den Lebensinteressen des deutschen Volkes entspricht nur eine solche Regelung, die nach den Vorschlägen der Sowjetunion die beschleunigte Ausarbeitung eines Friedensvertrages und die Räumung Deutschlands von den Besatzungstruppen enthält. Das Politbüro ist davon überzeugt, daß eine solche Regelung sich letzten Endes genau so durchsetzen wird, wie sich die Vernunft in dem Übereinkommen in der Österreich-Frage durchgesetzt hat.

Wenn auch die Pariser Tagung trotz aller Bemühungen der Sowjetregierung das Deutschlandproblem nicht lösen konnte, so erblickt das Politbüro dennoch in dem errichteten Modus vivendi einen Schritt vorwärts. Der Modus vivendi soll die gegenwärtige Form des Zusammenlebens des deutschen Volkes regeln. Zu diesem Zwecke bestimmt das Kommuniqué: „Im Sinne der Absichten der Minister, ihre Bemühungen um die Erreichung der Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands fortzusetzen, werden sich die Besatzungsbehörden in Berlin gemeinsam auf Viermächtegrundlage beraten. Zu diesem Zweck können die einzelnen Besatzungsbehörden deutsche Sachverständige und Organisationen, nachdem sie sich vorher verständigt haben, anhören/* In dieser Regelung sieht das Politbüro die Anerkennung des Prinzips der von ihm im Deutschen Volksrat vertretenen Politik der Verständigung aller deutschen Parteien und Organisationen und ihrer Anhörung durch den Außenministerrat. Es ist für die Deutschen ein beschämender Zustand, daß ihnen dies erst durch die ausländischen Besatzungsmächte gesagt werden mußte. Die Deutschen müssen aus eigener Entscheidung zu den gesamtdeutschen Fragen einheitlich Stellung nehmen. Wo sich dieser Notwendigkeit deutsche Politiker entgegenstellen, müssen sie auf das Verderbliche dieser Haltung hingewiesen und — soweit sie trotzdem diese Politik fortsetzen — als Schädlinge der nationalen Sache Deutschlands rücksichtslos bekämpft werden. Die